

"Sozialpolitisches Programm" des Ausschusses für Fabrikwesen vom 11. November 1918

Richtlinien für alle in den Betrieben der Industrie, des Handels, Gewerbes und Verkehrs, einschließlich der Staats- und Kommunalbetriebe gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten

- 1) Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden.
- 2) Arbeitswechsel darf nur dann erfolgen, wenn von dem Ausscheidenden der Nachweis erbracht wird, sofort in eine anderweitige Beschäftigung treten zu können.
- 3) Alle vom Heeresdienst Entlassenen sind, soweit sie nicht vom Soldatenrat angefordert werden, auf die von ihnen vor der Einberufung verlassenen Arbeitsplätze zu stellen.
- 4) Zum Zwecke der Arbeitsvermittlung ist der Paritätische Arbeitsnachweis – Kleine Helle 1 – zu benutzen.
- 5) Die Leitung des Arbeitsnachweises untersteht dem Arbeiterrat, Abt. für das Fabrikwesen.
- 6) Zur Führung der Arbeitsnachweisgeschäfte bestimmen die Unternehmer und Arbeiter je drei Personen.
- 7) Jeder Arbeitslose hat sich sofort beim Arbeitsnachweis – Kleine Helle 1 – in die Liste eintragen zu lassen.
- 8) Die Unternehmer sind verpflichtet, alle zu besetzenden Stellen dort zu melden.
- 9) Bestehende Tarifverträge bleiben bezüglich der Entlohnung in Kraft.
- 10) Die Lohn- oder Gehaltssumme der in den Betrieben beschäftigten Personen müssen bei eintretender Verkürzung der Arbeitszeit die gleichen bleiben, wie sie bei normaler Arbeitszeit erreicht wurden.
- 11) Eingereichte Forderungen, soweit über dieselben noch nicht verhandelt wurde, sind zurückzuziehen und dem Arbeiterrat – Abt. für das Fabrikwesen – zu unterbreiten.
- 12) Jede im Betrieb beschäftigte Person ist verpflichtet, ordnungsgemäß ihre Arbeiten in der bisherigen Weise zu verrichten und ergangenen Anweisungen Folge zu leisten.
- 13) Aufgabe des Arbeiterrats des einzelnen Betriebes ist es, dafür zu sorgen, daß pflichtgemäß die vorhandenen Arbeitsmittel verwendet werden.
- 14) Die bestehenden Arbeitsordnungen sind mit dem Arbeiterrat des Betriebes einer Revision zu unterziehen.

Zweck der vorstehenden Richtlinien ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, dessen möglichst ruhige Entwicklung gegenwärtig mehr als je im Interesse aller Bevölkerungskreise liegt.

Bremen, den 11. November 1918

Aktionsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats,
Abteilung für Fabrikwesen

**Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger
der Bremer Räterepublik**

SONNTAG, 06. Februar 2022, um 11 Uhr

**Gedenkgang vom Haupteingang zum Rätedenkmal auf
dem Waller Friedhof.**

Zum Vermächtnis der Bremer
Sozialistischen Republik sprechen am
Mahnmal für ihre Verteidiger:

Ernesto Harder (DGB Bremen)
Barbara Heller (Bremer Friedensforum)
Lena Salomon (MLPD)

Musikalisch unterstützt vom
**Buchtstraßenchor und dem
Roten Krokodil.**

Moderiert von Gerd-Rolf Rosenberger.

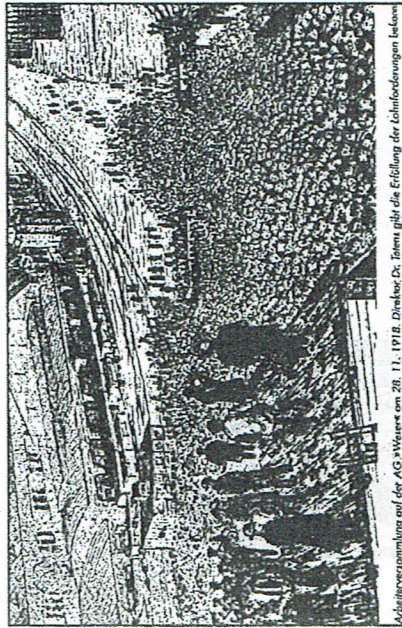
Pandemiebedingt entfällt das
anschließende Treffen im Westend

**Veranstalter Vorbereitungskreis Veranstaltung zu Ehren der Bremer
Räterepublik.**

Bildungsgemeinschaft SALZ; Bremer Antikapitalistische Linke (BAL);
Buchtstraßenchor; Das Rote Krokodil, Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Bezirk Bremen; DGB Bremen-Elbe-Weser; DIE LINKE. Landesverband
Bremen; GEW Bremen; Initiative Bremer Montagsdemonstration; Initiative
Nordbremer Bürger gegen den Krieg; Marxistische Abendschule (MASCH)
Bremen; Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD) Bremen;
Jugendverband REBELL Bremen; Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bremen; SAV
Bremen; ver.di Bremen-Nord-Niedersachsen, Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Bremen.



Am 04. Februar 1919 wurde die Bremer Räterepublik durch Konterrevolutionäre der Division Gerstenberg zusammen mit dem Freikorps Caspari im Auftrage der Berliner Regierung niedergeschlagen. Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in der Revolution von 1918/19 und die Existenz der „Sozialistischen Republik Bremen“ vom 10. Januar bis zum 04. Februar 1919 gehören zur demokratischen Tradition unserer Stadt.

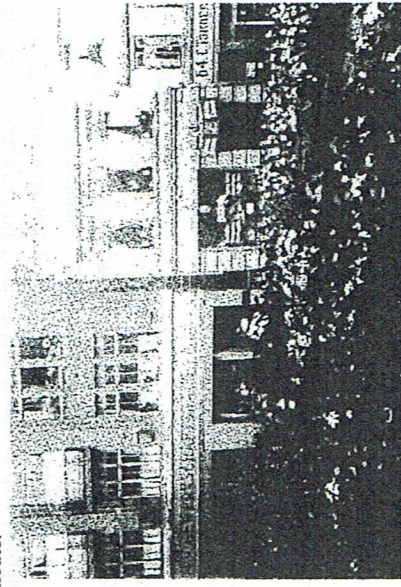


Arbeiterversammlung auf der AG-Wiese am 28. 11. 1918. Direktor Dr. Thiem gibt die Erklärung der Lichtfordungen bekannt

Der Kieler
Matrosenaufstand,
der die deutsche
Revolution im
November 1918
einleitete, bildete
auch in Bremen den
Auslöser für den
Sturz der alten
Ordnung. Am 6.
November gab der
Unabhängige
Sozialdemokrat
Adam
Frasunkiewicz vom
Balkon des Rathauses

bekannt, dass ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wird. Doch anders als in Bremen, wo die Linke die Mehrheit in der Arbeiterbewegung hatte, kam die Revolution in Berlin und im Reich bald ins Stocken. Die Führung der Mehrheitssozialdemokratie unter Ebert, Scheidemann und Noske und die Spitzen der Gewerkschaften wollten eine Entwicklung wie nach der russischen Oktoberrevolution verhindern und orientierten auf die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Republik. Sie setzten statt der Errichtung einer Räterepublik der Arbeiterschaft die Wahlen zu einer Nationalversammlung durch, ließen die alten Gewalten in Wirtschaft, Staatsapparat, Justiz und Armee ihre Macht und bekämpften eine weitere Umwälzung auch mit Waffengewalt, indem sie mit Freikorps unter kaiserlichen Offizieren gegen USPD und Spartakus vorgingen. Den von Noske geführten konterrevolutionären Truppen fielen im Januar 1919 Hunderte von Sozialisten zum Opfer; unter ihnen auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Um diese Entwicklung in Bremen zu verhindern und die angestrebte sozialistische Demokratie zu erreichen, proklamierte der Aktionsausschuss nach einer großen Demonstration der Bremer Arbeiter und Arbeiterinnen am 10. Januar 1919 die „Sozialistische Republik Bremen“ und ein Rat von Volksbeauftragten aus USPD- und KPD-Mitgliedern (u.a. Dannat, Henke, Knief) übernahm die Verwaltung der Stadt. Die Räteregierung nahm eine Reihe sozialer Reformen in Angriff (siehe Rückseite). Die Banken weigerten sich, der neuen Regierung Geld für Löhne und Gehälter auszahlten. Vor allem aber hatte die Ebert-Regierung in Berlin - auch auf Bitten der Abgesandten der Bremer Kaufmannschaft - beschlossen, in Bremen wieder „Ruhe und Ordnung“ herzustellen. Am 25. Januar befahl Noske der Freiwilligen-Division Gerstenberg, der sich ein aus bremischen Bürgersöhnen

gebildeten Freikorps unter Oberst Caspari anschloss, den Angriff auf Bremen. Der begann am 04. Februar mit über 3000 Soldaten, Kanonen und Panzerautos. Nach heftiger Gegenwehr mussten die Arbeiter den Kampf einstellen, 29 Verteidiger der Räterepublik waren gefallen. So endete auch in Bremen der Versuch, Demokratie und Sozialismus durchzusetzen. Wir gedenken der gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik und wir fragen nach der Aktualität ihrer Ideen für uns heute.



Trauerzug für die Opfer der Räterepublik vor dem Gewerkschaftshaus

Denn wir sehen,
- dass heute wie damals der Kapitalismus von seinem Wesen her nicht in der Lage ist, eine gerechte Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten
- dass heute wie damals Rüstungsausgaben sowie die Profite der Rüstungsindustrie steigen
- dass heute wie damals die Militarisierung immer stärker in die Gesellschaft hineinwirkt
- dass heute wie damals die Überwachung und Staatsgewalt ausgebaut wird und gleichzeitig Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in gefährlicher Weise anwachsen
- dass heute wie damals soziale Rechte und Sicherungssysteme abgebaut werden
- dass die Arbeitskraft der Menschen trotz Mindestlöhnen immer stärker ausgebeutet wird und ihre Existenz zunehmend gefährdet ist.
Unsere Lehren daraus sind
- uns mit den Forderungen der Rätebewegung und -gedenken auseinanderzusetzen
- Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Wehret den Anfängen!
- statt Einschränkung der demokratischen Rechte treten wir ein für ihre radikale
- Ausweitung bis hin zum allgemeinen Streikrecht und den Ausbau der sozialen
- Absicherung für alle Menschen
- die Forderung nach Milliarden für Menschen statt für Banken und Rüstungskonzerne
- die Forderung nach deutlicher Arbeitszeitreduzierung
- (z.B. der 30-Stundenwoche) bei vollem Lohn- und Personalausgleich!